

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Gebührt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Beispielsweise bei Schließung monatlich 4 M., durch unsere Abschöpfung zugänglich in der Stadt monatlich 40 M., auf dem Lande 450 M., durch die Post bezogen viermalwochen 13,50 M., mit Zusatzgebühr. Alle Postleute und Postboten sowie unsere Auskäufer und Geschäftleute nehmen lebhaft Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugsrechtes.



Inseratensteuer 1 M. für die gehaltene Korrespondenz oder deren Raum, Lokalteil 1 M., Auflagen 2,50 M. Bei Weiterleitung und Veröffentlichung entsprechender Preisnotiz. Bekanntmachungen im amtlichen Zeitungsbüro vom Abschöpfung 2 gestaltete Korrespondenz 2 M. Redaktions-Redakteur 50 M. Auskunftsanfrage bis vorläufig 20 M. Für die Rückgabe der durch Fernpost übermittelten Briefe übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachahmungsversuch ist verboten, wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Rechenschaft gebracht wird.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Thorndorf. Verleger und Drucker: Arthur Bischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenleiter: Arthur Bischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 139.

Freitag den 17. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Aleine Zeitung für eilige Leser.

\* Am Reichstag wurde der Gesetzentwurf über die neuen Gewerbeabgaben genehmigt. Für den November soll das neue Gesetz am 1. Oktober in Kraft treten.

\* Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über die schrullige Auslösung der Kriegsgesellschaften zugegangen.

\* Die am Rhein erhobenen Zollgebühren in Ausführung der Sanktionen haben nach Meldeungen aus Paris im ersten Quartal einen Ertrag von 170 Millionen Franken ergeben.

\* Das Garantiekomitee für die deutsche Reparationschuld ist aus Paris in Berlin eingetroffen.

\* Der Kongress der französischen Gewerkschaft der Arbeiter der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung erklärte sich für den Anschluss an die Internationale von Moskau.

\* Ein französischer Regierungserlass gibt die Einfuhr und den Handel für Weizen vom 1. August ab frei.

## Notwendigkeiten.

Man findet hier und da, daß der preußische Ministerpräsident mehr, als es sonst ein Mann in seiner Stellung zu tun pflegt, vor der Öffentlichkeit sein Herz ausschüttet, und manche triftigen Beurteile geben der Ansicht Ausdruck, daß diese Redseligkeit auf eine von Herrn Siegerwald selber gefühlte Schwäche seiner politischen Stellung schließen lasse. Zugegeben, daß diese Empfindungen an sich einige Wahrscheinlichkeit für sich haben. Wer aber die Persönlichkeit des gegenwärtigen preußischen Ministerpräsidenten kennt, wird doch eher dazu neigen, seine Reden und Unterredungen aus dem aufrichtigen Bedürfnis nach Offenheit und Berichtigung mit Freund und Feind zu erklären. Jedenfalls, er ist ein Mann, der aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, und eben die Offenheit ausdrückt, als daß er ihr aus dem Wege geht. Eine Eigenschaft, die gerade heutzutage, in den Zeiten der Selbstverantwortung des Volkes, jedermann willkommen sein sollte.

Was Herrn Siegerwald abermals zum Sprechen veranlaßte, das sind die sorglosen Vorwürfe, daß es ihm mit der Umbildung der preußischen Regierung nicht ernst sei, obwohl sie bei der letzten Reichstagswahl in den ersten Wähltagen auch von ihm rücksichtlos zugelassen worden wäre. Vorwürfe dieser Art verdächtigen seinen politischen Charakter, und Herr Siegerwald empfindet deutlich genug, daß er sich dagegen wehren muß. Aber er unterscheidet in diesen Dingen zwischen denjenigen, denen die Staatsnotwendigkeit im Mittelpunkt ihrer politischen Betreibungen stehen, und den andern, denen die Parteipolitik alles in; zwischen denen, die von einer formalistischen Denkweise nicht loskommen können, und den andern, die die gegebenen politischen Tatsächlichkeiten und Möglichkeiten nicht aus den Augen verlieren. Als Beispiel für die letztere Richtung, der er nicht anhängt, nennt Siegerwald Herrn Erzberger, dessen Friedensresolution vom Juli 1917 er sozialistisch zwar gebilligt habe, dessen Weg zur Errichtung des Friedens er aber für falsch hält, weil damals eben die gegebenen Tatsachen, als daß waren: der preußische Staat, der Generalstaat und fast sämtliche Wirtschaftskräfte, gegen Erzberger standen. Und auch auf die seltsame Tatsache weilt Siegerwald hin, daß die Mehrheitssozialdemokraten mit ihren ausgesprochen antisozialistischen Richtlinien seit 2½ Jahren im Reich und in Preußen die Politik stark beeinflussen, daß aber trotzdem noch zu keiner Zeit der deutschen Geschichte eine Reihe von Großbanken und Industrien so große Gewinne erzielt hätten, und daß auf der andern Seite die breiteren Volkschichten noch nie so ausgeweitet wurden wie in der Zeit nach der Revolution. Also folgert Herr Siegerwald: mit Gesetzen und Parlamentsbeschlüssen allein ist den Dingen nicht beizukommen. Gewiß, eine starke Regierung tut uns vor allem gut, und die jetzige preußische Regierung ist nichts weniger als stark. Aber die Rückkehr zur alten Koalition — Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten — würde bedeuten, daß Preußen noch mehr als jetzt auf politischen Zielen gehen müsse, und dafür wäre er unter keinen Umständen zu haben. Denn welche Aufgaben habe Preußen in nächster Zeit zu allererst zu lösen? Einmal die nachdrücklichste Steigerung der Erzeugungskraft der Landwirtschaft, dann die Ausgleichung des Staatshaushaltens mit Hilfe einer etragreichen Grundsteuer und schließlich die Durchführung der Verwaltungsreform. Keine dieser drei Aufgaben aber läßt sich zurzeit in Preußen lösen gegen den geschlossenen Widerstand der deutschen Rechtsparteien, denn die Landwirtschaft läge nun einmal zum größten Teil nicht in den linksgerichteten Parteien ihre politische Vertretung, und Herr Lüdemann, der letzte preußische Finanzminister, wisse ein Leidensdrama zu singen, was aus Steuerplänen werden mag, wenn sie ohne Rücksicht auf die Abschauungen dieser breiten Kreise der Bevölkerung ausgearbeitet werden. Gibt es nicht auch, fragt Siegerwald, zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in sehr vielen staats- und kulturpolitischen Fragen schärfe Meinungsverschiedenheiten? Kann eine Regierung es wagen, ohne Rücksicht auf sie proaktive Politik zu treiben, ohne bescheiden zu müssen, schon bei der nächsten Gelegenheit zu scheitern? Ist es nicht vielmehr vernünftiger, für die Vorlagen, die notwendig sind, eine möglichst breite Front vorzubereiten, damit, was geschehen muss, auch möglichst reibungslos und erfolgreich durchge-

führt werden kann? Wer ohne Rücksicht auf diese gegebenen Machtwertabilität Politik treiben will, baut in die Lust und hat es leicht, diejenigen als reaktionär zu beschimpfen, die nüchtern, vorlänger und überlegter vorbereitet waren. Aber wer ist heute nicht alles reaktionär? Mich, sagt Herr Siegerwald, kann man ruhig so nennen. Das versägt bei mir nicht. Denn in den Augen der Kommunisten sind die Unabhängigen, in den Augen der Unabhängigen die Mehrheitssozialdemokraten, in deren Augen wiederum die Demokraten reaktionär, und für diese schon reicht das Zentrum bedenklich nach Verneigung. Schlagworte, nichts als Schlagworte! Wer eine Umbildung der preußischen Regierung für notwendig hält, solle die dafür unentbehrlichen Voraussetzungen schaffen. Das sei nicht seine Aufgabe. Das hätten diejenigen Parteien zu tun, die durchaus wieder neue Umgruppierungen in Preußen für notwendig hielten. Er wolle sie bei dem Unternehmen gern mit Rat und Tat unterstützen. Solange es aber nicht gelungen sei, habe er als gewählter Ministerpräsident die Pflicht, die Staatsgeschäfte zu führen, so wie es jetzt eben möglich sei.

In Widerspruch gegen Herrn Siegerwald wird es natürlich nicht fehlen. Ob wir mit diesem Widerspruch allein aber vorwärts kommen, ist eine andere Frage.

## Britisch-amerikanisches Bündnis?

Weltpolitische Pläne der Engländer.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan vorlage, ein Zusammenschluß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde, ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen, die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen.

Der Präsident kündigt an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht fernster Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungsauftausch mit den Alliierten stattgefunden habe. In dem Plan des englisch-amerikanischen Zusammenschlusses würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Überlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusssphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Verzichtstellung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

### Frankreichs Stellung.

In einem Spiegel Artikel, den die "Times" den Washingtoner, wohl als Führer aufzufassenden Meldungen widmet, betont das Blatt zunächst die Notwendigkeit, Englands Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten. Nur die englische Torheit oder die Torheit Frankreichs könnte zu einem solchen Unglück führen. Wenn dies Ereignis unglücklicherweise eintreten sollte, dann müßten sich die Gedanken der englischen und der amerikanischen Staatsmänner notwendigerweise dem Abschluß einer engeren Abmachung zwischen den englisch sprechenden Völkern zuwenden. "Times" geben der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn diese große Frage im Zusammenhang mit der Frage der Ratifikation des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten vor dem Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme, jeder Opportunismus und jede Bankelmüdigkeit aufgegeben werde.

Aus diesem Artikel ist deutlich zu erkennen, wie man in England schon jetzt mit allen Möglichkeiten rechnet, die Lösung von Frankreich ebenso in Betracht zieht wie die Verbindung mit den Vereinigten Staaten gegen den bisherigen Bundesbruder, den in Amerika mit allergrößtem Mithrauen dechirten Japaner.

## Französischer Schritt in Berlin

Deutschland als Brügelnkabe.

Je mehr sich in England, Italien und anderen Ländern die Erkenntnis verbreitet, daß der wirklich Schuldige in Oberschlesien bei den französischen Vertretern zu suchen ist, desto härter werden die Franzosen selbst auf ihrem Standpunkt stehen. Jetzt haben sie sogar die Stirn gehabt, offiziell in Berlin Beleidigung zu führen und der deutschen Regierung die Verantwortung zuzuschreiben. Natürlich, da Deutschland nur einmal den Krieg verloren hat, ist es eben der Brügelnkabe für alles.

Das französische Auswärtige Amt ließ der Pariser Presse eine Erklärung zugehen, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Laurent wurde aufgefordert, in der Wilhelmstraße zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autonomie der Unterstaaten-Kommission in Oberschlesien durch die Haltung der deutschen Elemente in Oberschlesien nicht mehr aufzuhalten werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen fol-

len durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden.

Ob die englischen und italienischen Vertreter sich wirklich diesem Schritte Frankreichs anschließen werden, möchten wir zunächst beobachten. Zur übrigen scheinen die Franzosen vergessen zu haben, daß die deutsche Regierung augenblicklich in Oberschlesien gar keinen Einfluss hat. Sollte sie versuchen, solchen auszuüben, so würden sie es sich sehr verbitten.

### Englische Ansichten.

Der Pariser Beiratsschreiber des "Manchester Guardian" schreibt anlässlich der Zusammenkunft Rathenau und Pouchkew, wenn das machbare Hindernis "Oberschlesien" überwunden werden könnte, dann wäre es nicht voreilig, zu erklären, daß Frankreich zu einem Maße seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines militärischen Friedens mit seinem geschlagenen Nachbarn bewege.

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, ob die deutsche Regierung gegen das Ultimatum der Alliierten an den General Hoeler Einspruch erhoben habe, antwortete Chamberlain bestehend. Vermicentum beantragte er die Frage, ob die Rekrutierung und der Abtransport von Verstärkungen für den Generäle Hoeler ungehindert weitergehen.

### Freilassung deutscher Geiseln.

Die von den Insurgenten als Geiseln internierten drei deutschen Rosenberger Bürger, Reichstagsabgeordneter Bissel, Schornsteinigermeister Bischel und ein Sohn des Kaufmanns Krause, sind aus der Haft entlassen worden.

Die polnischen Banden haben ihre Angriffe auf Zembowitz im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abstimmungspolizei und die deutsche Bevölkerung mit Wassergewalt vorgehen. Es bestätigt sich, daß die Polen im Kreise Rostow die Ortsteile Marowitz, Lwencine und Hohenkirchen gerückt haben.

Die Einstellung der Säuberungskommission in Oberschlesien durch die Interalliierte Kommission wird in verschiedensten Kreisen dahin beurteilt, daß der Grund der Begehung des deutschen Selbstschusses, sich zurückzuziehen, lediglich ein Vorwand sei. In Wirklichkeit ist die Interalliierte Kommission schwerdar nicht imstande, von sich aus einen einheitlichen Aktionsplan durchzuführen.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

### Verhandlungen mit Rathenau in Paris?

Der französische Außenminister teilte dem Ministerrat in Paris mit, daß sich seine Besprechungen mit Rathenau ausschließlich auf die Frage der Schadenvergütung befaßt haben. Jetzt müsse noch die Art der zu leistenen Waren und die Art und Weise der Ausführung der Bezahlung in natura festgelegt werden. Die Verhandlungen sollen in Paris mit den deutschen Vertretern Bergmann und Wolf fortgesetzt werden. Wie aus Paris noch dazu gemeldet wird, soll Rathenau wahrscheinlich vom Obersten Rat eingeladen werden, seine Pläne persönlich oder durch seinen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates weiter zu erörtern.

### Die neuen Steuergesetze.

Das neue Körperschaftsteuergesetz wurde in der letzten Kabinettssitzung verabschiedet und zur weiteren Beratung an den Reichsrat und Reichstag überwiesen. Weitere Steuergesetze werden voraussichtlich noch in dieser Woche vom Kabinett verabschiedet. Besprechungen mit den einzelnen Ländern sind auf die Gestaltung der einzelnen Gesetze nicht ohne Einfluß geblieben. In den bevorstehenden Verhandlungen wird die Art der Umlaufsteuer und die Erfassung der Goldwerte Gegenstand besonderer Erwagungen sein.

### Zwei Generale als Kriegsbeschuldigte.

Ein neuer Kriegsbeschuldigtenprozeß vor dem Reichsgericht ist auf den 8. Juli anberaumt worden. An diesem Tage wird gegen Generalleutnant a. D. von Schad aus Kassel und den Generalmajor Kruska aus Bremke im Kreise Göttingen verhandelt, die von der französischen Regierung beschuldigt werden, in den Jahren 1914 und 1915 im Gefangenensegler Nieder-Zwecken bei Kassel in Zusammenwirkung als Ortskommandant und Vorsitzer des Gefangenenseglers den Ausbruch von Typhus verschuldet und dadurch Gefangene getötet zu haben.

### Deutsch-Ostreich.

Ein Konflikt mit der Entente wegen der Anschlussbewegung. Dieser Tage richtete die großdeutsche Parteileitung an die Ententevertreter ein Schreiben, in welchem sie sich unter Beifügung der Beschlüsse ihres Parteitages über die seitens der Entente geforderte Einschaltung der Anschlussbewegung beklagt und die Bitte ausspricht, die Eingabe den Ententevertretern zu übermitteln. Der englische Söldner beantragte die Eingabe in schrift abnehmendem Sinne und betonte dabei, daß die Art und

Weise ihrer Abschaffung vom diplomatischen Standpunkt als ungebührlich bezeichnet werden müsse. Er habe eine Abschrift seiner Antwort an den Bundeskanzler Mayr als den Leiter des auswärtigen Amtes gesandt, durch welchen die großdeutsche Vereinigung gegebenenfalls ihre Eingabe an ihn oder an die Entente leiten möge. In politischen Kreisen haben diese Vorgänge großes Aufsehen hervorgerufen.

## Gegen Überspannung der Gewerbesteuer.

### Protest des deutschen Einzelhandels.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat in ihrer Ausschusssitzung am 9. Juni 1921 einstimmig die nachfolgende Enthaltung angenommen:

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels verkennt nicht die Schwierigkeiten, die den Ländern und Gemeinden aus der Reichsfinanzreform erwachsen sind. Dennoch aber muß sie verlangen, daß den Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, die sich aus der weitgehenden Inanspruchnahme aller wesentlichen Steuerquellen durch das Reich ergeben. Bei den Beratungen des Landesteuergesetzes ist von allen Seiten voll anerkannt worden, daß mit Macht auf die hohen Reichsteuer, insbesondere die Reichseinkommensteuer mit Sätzen bis zu 60 Prozent des Einkommens, die Gewerbesteuer der Länder und der Gemeinden nur eine Erg. umgesteuert werden kann und sich in mächtigen Grenzen dichten muß. Deshalb legt die Hauptgemeinschaft Verwahrung ein gegen die von Ländern und Gemeinden drohende Überspannung der Gewerbesteuer und fordert mit aller Einschließlichkeit, daß wirksame Bürgschaften hiergegen geschaffen werden.

Die Hauptgemeinschaft verlangt bei der Neuordnung der staatlichen und gemeindlichen Gewerbesteuern die Anhörung der beruflichen Standesvertretungen von Handel, Gewerbe und Industrie zur Vermeidung von Gewerbesteuern, die den Ertrag und die Betriebsmittel der gewerblichen Unternehmungen in unverhältnismäßig hoher, ja erbrosselnder Weise in Anspruch nehmen. Es muß bei Heranziehung zur staatlichen und gemeindlichen Gewerbesteuer der reichsverfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz ausnahmslos durchgeführt werden. Es muß insbesondere die Sonderbesteuerung einzelner Betriebsformen sowie die gänzliche Steuerbefreiung bestimmter auf angeblich gemeinschaftlicher Grundlage arbeitender Betriebsarten unterbleiben!

## Deutscher Reichstag.

(114. Sitzung.) C. Berlin, 15. Juni.  
Zuerst wurde heute ein Entwurf über die Abänderung des Weingesetzes in allen drei Lesungen ohne weitere Erörterung genehmigt.

Die Weiterberatung des Getreidegesetzentwurfs brachte als ersten Redner den Abg. Bornfeld (Kentr.). Er bot die Notwendigkeit, die freie Wirtschaft einzuführen. Nicht nur die Beteiligten aus der Landwirtschaft rufen nach ihr, sondern auch die Verbraucherkreise. Unter der Zwangswirtschaft ist die Produktion um 40 Prozent zurückgegangen. Der Redner schloß mit dem Bemerkern, wenn wir nach rechtlicher Überlegung der Vorlage doch zustimmen, so geschieht das nur in der Voraussetzung, daß die Umfrage auf 2½ Millionen Tonnen herabgesetzt wird und daß dieser Eingriff der letzte in die freie Wirtschaft ist. Der Redner schloß mit der Aufforderung, die Vorlage abzulehnen und die freie Wirtschaft des Getreides sofort einzuführen.

Abg. Dusche (D. Volksp.) trat für die freie Wirtschaft ein. Wir glauben nicht, erklärte er, daß die freie Wirtschaft einen wesentlichen Mehrverbrauch des Getreides erfordern wird. Mehr als jetzt schon im Schlechthandel umgesetzt wird, wird nachher auch nicht erforderlich werden. Die Preise aber werden sinken, wie das heute schon bei der Butter festgestellt ist. Zudem wird kein Mehl mehr durch unsachgemäße Behandlung ungenießbar und der Ernährung verloren gehen. Die Mehrheitssozialisten verlangen statt der 3 Millionen 4½ Millionen und glauben, um so mehr herauszuholen, je höher sie die Vor-

beratung stellen. Damit würden sie sich irren. Der Redner wandte sich alsdann gegen die Sozialisten und besonders gegen die Verherrigung der ländlichen Arbeiter.

Sodann sprach der Abg. Dr. Herz (N.-Soz.) Er begründete ausführlich seinen Antrag auf Fortsetzung der Zwangs-

wirtschaft und schärfere Erstzung des Getreides.

## Sensationen im Hölzprozeß.

(Dritter Tag.)

Berlin, 15. Juni.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme im Hölzprozeß führte zu einigen dramatischen Austritten, so daß es mehr als einmal schien, als ob das Tribunal zur Szene würde, auf der ein spannendes Schauspiel zur Aufführung gelange. Auch das Publikum, das den Zuschauerraum füllte, schwoll in die Handlung eingreifen zu wollen, und es entwirbelten sich Zweigespräche, wie sie sonst an Gerichtsstätten nicht vorzufinden pflegten.

Zuerst ließ sich alles feillich gut an. Der Zigarettenhändler Bevers aus Helbra erzählte, daß Hölz bei ihm Zigaretten requiriert ließ und dann, als die Zigarettensteuer abgelehnt wurde, persönlich erschienen sei und aus ihm und seine Kinder geschossen habe. Andere Zeugen schilderten recht anschaulich die Grobheiten der Hözl'schen "Sprengpolonä". Es wurde in großzügiger Weise mit Dynamit operiert, und war Hölz ergötzte sich, wie ein Kaiser Nero an dem Brände Rom, an dem Anblick in die Lust fliegenden, brennenden Hauseschäden. Die Brandshäden, die angerichtet wurden, singen in die Hunderttausende.

### Geräuschvolles Zwischenspiel.

Hölz gab die Sprengungen ohne weiteres zu, bezeichnete sie aber, wie früher schon, als ein "taktisches Manöver" und hieß immer wieder darzulegen, daß er bestrebt gewesen sei, Menschenleben zu schonen. Daß schien den Zeugen und den Zuhörern nicht recht einleuchten zu wollen, und es gaben sich in den Reihen des Publikums vielfach Zeichen des Unwillens und, die noch deutlicher in die Ercheinung traten, als der Mann auf der Anklagebank stand und zu wissen zu, daß schone Ruhe und Ordnung geherrscht hätten, wenn nicht die Sprengung auf dem Kriegsschauplatz erschienen wäre. Als man über diese Feststellung zu lachen wagte, rief Hölz zu den Zuhörern gewendet: "Awohl, so ist es, wenn Hörling nicht". Hier unterbrach ihn der Vorsitzende, indem er ihn daran aufmerksam machte, daß derartige Zweigespräche mit dem Publikum nicht üblich seien. Aber Hölz hatte nun einmal das Wort ergriffen und wollte es nicht mehr loslassen. "Wenn ich rede, so rede ich!", dröhnte er den Vorsitzenden an. Einer seiner Verteidiger trat ihm als Sekundant ritterlich zur Seite und glaubte feststellen zu können, daß man den Zuschauerraum "mit Auswahl" besetzt und nur Angehörige der bestehenden Klassen hineingelassen habe. Sie fürchteten sich vor der revolutionären Arbeiterkunst, schrie der Räuberhauptmann in größter Erregung. Der Vorsitzende versicherte wiederholt, daß der Gerichtshof sich nicht fürchte. Aber die Tatfrage, daß das Gericht sich selbst Mut attestiere, riß auch nicht viel, und es entstand ein solcher Wirrwarr, daß die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte.

### Hölz als Verteidiger.

Nach dem Wiederbeginn der Verhandlung bewegte sich eine kurze Zeitlang alles wieder in ruhigeren Bahnen. Die "Dynamitierung" des Gerichtsgebäudes in Mansfeld bildet den Gesprächsstoff. Hözl bemerkte dazu, daß die revolutionäre Arbeiterkunst auf die Gerichtspersonen eine wahre Angst gehabt habe. Man hat ihnen also durch die Sprengung des Gerichtsgebäudes Angstlügen das Verhängnis entzogen wollen. Auch die Sprengung der Villa des Arztes Dr. Ebers, die das Vorrecht des Angeklagten auf Sangerhausen bilden sollte, kommt zur Sprache. Hözl nennt den Doktor einen argen Nationalist, der sich zur Orgel betreue. Es knüpfen sich an diese Ausführungen interessante Erörterungen über Hözl'sche Vermögensüberhöhung. Er hatte reichen Besitz große Summen abgenommen, behauptet aber, so arm zu sein, daß seine Frau von Unterstützungen leben müsse. Die 3000 Mark, die er bei seiner Verhaftung bei sich hatte, seien nicht sein Eigentum gewesen; das Geld sollte vielmehr zu revolutionären Zwecken Verwendung finden.

Reiner Radau.

Als jetzt der schon vernommene Zeuge Bevers aus Helbra noch einmal gehörte werden soll, kommt es zu einem neuen großen Krach. Justizrat Broh, einer von Holz' Verteidigern, almeilt, "z einer gelegentlichen Äußerung Bevers schließen zu

dürfen, daß dieser die Absicht gehabt habe, Hözl gewaltsam aus dem Wege zu räumen. Bevers gerät ob dieser "Unterstellung" in solche Aufrregung, daß er auf Hözl loschlagen will. Er töbt bekannt Weintränke und bringt schließlich erschöpft zusammen. Damit er sich beruhige, entfernt man ihn aus dem Saale. Als er dann wieder erscheint, ist er das Wütens und Weinen an Hözl. Der Angeklagte ist in heiter Empörung über die Behauptung, daß er auf Bevers Kinder geschossen habe. Mit großer Embase erklärt er, daß er, der so harte Kindheit habe durchmachen müssen, in einem Kind etwas wahrhaft Hohes und Heiliges erachte. Im Anschluß daran beginnt er unter Tränen ein Gedicht zu declamieren. Schließlich erklärt der Staatsanwalt, daß er Bevers Aussagen nicht als Verlastungsmaterial gegen den Angeklagten zu verwenden gedenkt. Und die Wogen glätten sich wieder.

### Räuberel im großen.

Neue Zeugen erscheinen und entwerfen in großen Bildern aus Holz' Leben Heldenleben. Geheimrat Reinicke aus Mansfeld berichtet über die Sprengung des Mansfelder Amtsgerichtsgebäudes, und Prediger Neumeister aus Wimmelburg, der als Geisel verschleppt worden war, schildert in sehr anschaulicher Weise seine romantischen Erlebnisse, die an Räubergeschichten aus den Abruzzen erinnern. Hözl sperrte ihn mit anderen Geiseln ein, schlug ihn, verlangte unerschwingliche Lösegelder und ließ ihn und die anderen Geiseln zuletzt vollständig ausplündern. Alles wurde ihnen abgenommen: Uhren, Ringe, Geldtaschen.

### Noch ein Hözl.

Sehr übel erging es auch dem Generalarzt Dr. Everett aus Edleben. Er wurde am Abend des Karfreitag in seiner Villa von zwanzig Bewaffneten überfallen. Der Führer der Räuberbande schrie ihm entgegen: "Ich bin Max Hözl!" Bald darauf wurde die Villa in die Luft gesprengt. Ein paar Stunden später stellte sich dem Arzte ein ganz anderer Mann als Max Hözl vor. Auf seine Frage, wer denn nun eigentlich der richtige Hözl sei, gab Rummel 2 die klassische Antwort: "Ich! Der andere ist mein Adjunkt Franz Schneider. Was der tut, ist so gut, als wenn ich es selbst täte. Er kann sich deshalb auch Max Hözl nennen."

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarnische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling bezahlt wurden. „Beispiel“ — angeboten: „Geld“ — gelacht.

Währungen	15. 6.		14. 6.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	Gulden	2297,70	2302,30	2307,65	2312,35
Dänemark	Kronen	—	—	1174,80	1177,20
Schweden	Kronen	—	—	1558,40	1556,50
Norwegen	Kronen	1001,45	1006,55	1008,95	1011,05
Schweiz	Frank	—	—	1165,80	1168,20
Amerika	Dollar	—	—	69,80	69,94½
England	Pfund	—	—	261,20	261,64
Frankreich	Frank	—	—	558,40	559,00
Belgien	Frank	—	—	557,40	558,80
Italien	Lire	—	—	356,00	357,05
Dr. Österreich	Kronen	18,98	14,02	14,48	14,62
Ungarn	Kronen	26,67	26,73	27,22	27,28
Österreich	Kronen	95,65	95,88	96,15	95,85

Damals war also die Mark in Wessingen ungefähr wert in: Holland 7,2; Italien 22,8; England 7,6; Amerika 6,0; Frankreich 1,1.

\* Die englische Woll- und Baumwollindustrie. In der Wollindustrie von Yorkshire ist eine Einigung erzielt worden, wodurch ein Streik von 200 000 Arbeitern vermieden werden läßt. Die Löhne werden um 18% Prozent an Stelle von 22%, die von den Arbeitgebern vorgelegten waren, erhöht. Das Abkommen behält seine Gültigkeit bis Juni nächsten Jahres. Der Unterschied zwischen dem Angebot der Arbeitgeber und der Forderung der Arbeiter beträgt nur noch 11 Pence.

\* Krisis in der böhmischen Glasindustrie. Wie aus Halba gemeldet wird, haben die meisten Glasfabriken in der Tschechoslowakei ihren Arbeitern mit der Begründung gekündigt, daß sie wegen weiterer Verschlechterung der Geschäftslage zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen seien.

Sie hatte ganz ohne Nebengedanken gesprochen; doch Ottokars Blick slog vorwurfsvoll zu seiner Frau — wenn sie doch auch so denken möchte!

Lella verstand wohl, was er meinte; höhnisch schürzte sie die Lippen — ja, wenn er ein berühmter Künstler wäre, von dem alle Welt redete, dann hätte er vielleicht Anforderungen an sie stellen können! Aber so — Was war er denn? Ein nichts — ein Schwäbchen! Es kamen Stunden, da sie sich selbst nicht begriff: wie hatte sie sich gerade den so viel älteren Mann zum Gatten wünschen können...

Frau von Matthes wandte sich an Lore.

"Ich dank Ihnen für Ihre Begleitung, liebes Fräulein! Sie haben sehr gut verstanden, sich mir anzupassen — Sie sind sehr musikalisch."

Lores Augen leuchteten auf.

"Ich liebe die Musik über alles, gnädige Frau."

"Singen Sie auch?"

Sie errötete ein wenig.

"Auf dem Seminar hatte ich bei einem sehr guten Lehrer Unterricht."

"Ah, ich möchte Sie einmal hören!" rief Frau von Matthes lebhaft, mich interessieren so junge, bildungsfähige Stimmen. Singen Sie mir ein Lied!"

Lore errötete tief. Hier sollte sie singen — hier, vor der Gräfin, die sie erst förmlich bestimmt zurechtgewiesen, als sie den Kindern auf deren Wunsch einige Lieder vorgesungen. Vor der Gräfin, welche die Musik so wenig liebte — und vor den beiden Herren... Sie zögerte.

"Gott, Fräulein Berger, wenn Frau Geheimrat es wünscht, lassen Sie sich doch nicht so lange bitten!" sagte die Dame des Hauses lächelnd.

"Singen Sie, was Sie wollen," ermunterte lachend Frau von Matthes den jungen Mädchen auf die Schulter. "Haben Sie nur Mut und Vertrauen — Sie haben doch sicher einige Lieder auf Ihrem Repertoire", fügte sie scherzend hinzu.

Nach kurzem Zögern begann Lore, anfangs mit zitternder, unfeier Stimme, dann mehr aus sich herausgehend, das österreichische Volkslied: "Verlassen, verlassen bin ich". Es schüttete lang sie das Lied, mit einem Ausdruck, der weit über ihre Jahre ging.

Interessiert, immer gespannt lauschend, verfolgte Frau von Matthes Lores Vortrag, während die Gräfin Allwörden in einer der Räume mit Kunstdräder herumblätterte, die in ihrer Nähe lag; für den Gefang der Lehrerin ihrer Kinder brauchte sie wahrselig kein Interesse zu heucheln!

Der Legationsrat wandte seinen Blick von der jungen Sängerin. Nie war ihm die reine, madonnenhafte Schönheit Lore Bergers so aufgefallen wie jetzt.

(Fortsetzung folgt.)

## Mag auch die Liebe weinen...

23] Roman von F. Lehne.  
Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

"Denken Sie, Liebste," fuhr sie fort, "mein gestrenger Ehemann hat nun außerdem noch die kühne Idee, das Weihnachtsfest dort feiern zu wollen."

"Und damit sind Sie nicht einverstanden, Gräfin? Das begreife ich allerdings nicht!" rief Frau von Matthes, "etwas Poetischeres gibt es ja gar nicht."

"Ich will aber nicht," beharrte Lella eingeschnitten, "und ich lebe nicht ein, wogegen man sich die Umstände macht. Allerdings — unsere Wohnung hier ist ziemlich eng und unheilig."

"Du warst doch anfangs damit zufrieden."

"Nun ja! Die Mängel sieht man erst mit der Zeit! Ueberall fühle ich mich beeinträchtigt. Ich betrachte dies nur als Provisorium. Ich kann mich einmal in einer Mietwohnung nicht wohl fühlen. Ich will mein eigenes Besitztum haben! In Bogenhausen gibt es so schöne Villen —"

Ottokar wurde unangenehm überrascht. Er hörte zum ersten Male von diesem neuen Plane seiner Frau. Sie verstand wirklich, ihre Umgebung in Atem zu halten! Er runzelte die Stirn.

"Aber wozu, Lella? Wir haben genug in Lengsfeld."

"Der Kinder wegen! Ich denke weiter. Die Töchter werden größer; wir können uns dort nicht vergraben. Für die heißen Monate Juli, August ist der Aufenthalt dort ganz angebracht. Später reise ich dann mit Titi; das Kind soll etwas von der Welt sehen! Und dann wollen wir hier ein Heim zum Ausruhen."

"Mir ist es unbegreiflich, daß Du, lieber Ottokar, gar so sehr für Lengsfeld schwärzt! Als Künstler müßtest Du Dich hier viel wohler fühlen, wo Du auf Schritt und Tritt Anregungen hast."

Der flugene Frau Lella entging die gesteigerte Gereiztheit nicht, mit der die Gräfin sprach.

\* Warenvorräte in Russland. Der Führer der kürzlich aus Russland zurückgekehrten finnischen Handelsabordnung, Oberstovorovov, erklärte Pressevertretern, die Russen hätten sowohl in Moskau, als auch in Petersburg große Mengen Exportwaren aufgespeist, namentlich Eisen, Leder, Häute und Werbehaar. Der größte Teil dieser Waren stammte noch aus der Zeit vor dem Kriege.

## Nah und Fern.

○ Der Erfolg der Breslauer Messe. Die Breslauer Messegesellschaft hielt ihre Generalversammlung ab. Hierbei erstatte der Vorsitzende des Verwaltungsrates einen Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß sich die Messe in erfreulicher Aufwärtsbewegung befindet. Die letzten Messen haben einen guten Erfolg gehabt. Auch hat die Regierung nun mehr durch ihre Vertreter die Notwendigkeit der Breslauer Messe und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft anerkannt. Der Jahresabschluß der Messegesellschaft schließt mit einem Betriebserfolg von 192 247 Mark und mit einem Nettozuhen von 9768 Mark ab. Der bisherige Verwaltungsrat wurde wiedergewählt.

○ Raubzug im Schloß des Herzogs von Ujest. Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Auflösung eines Einbruches, der dieser Tage im Kreise Kosel in das Schloß Slawentzitz des Herzogs von Ujest verübt worden ist, und bei dem Millionenwert an Juwelen und Schmuckstücken gestohlen wurden. Als Täter kommt der Freiwillige Kavallerie von der 1. Kompanie des Bataillons Bogolin in Betracht; er ist seit der Entdeckung des Einbruchs flüchtig.

○ Der Wunderdoktor als Professor. In Blankenburg am Harz wurde eine Schule für "Psychotherapie" errichtet und zum Leiter der ehemaligen Arzt und heutige Wunderdoktor Otto-Otto berufen. Das braunschweigische Ministerium hat trotz bestufigen Widersprüchen der Kräfte diesem Otto-Otto den Professorstitel verliehen.

○ Ein Attentat auf den D-Zug Köln-Hamburg. Auf den D-Zug Köln-Hamburg wurde in der Nacht zum 10. Juni zwischen den Stationen Sinjen und Halsien ein verbrecherischer Anschlag verübt, indem ein Sprengkörper auf das Geleise gelegt wurde, der beim Überfahren durch den D-Zug mit einem heftigen weithin hörbaren Knall explodierte. Jemandwelcher Schaden wurde dem Zuge glücklicherweise nicht zugefügt. Dagegen erlitt der Bahnhörer schwere Verletzungen.

○ "Appenzeller" Schweineschmalz. Gewissenlose Geschäftspraktiken herrschen in verschiedenen holländischen Margarine- und Schmalzfabriken. Von der amtlichen Reichsstelle werden die Handelskammern darauf hingewiesen, daß die Fabriken E. E. O. v. Staats Export-Schlachterei, Weiten en Oien in Rotterdam, Cohen u. v. d. Vaan, Margarinefabriken in Haarlem, IJmuidenbergs Schlachterei und Fabriken in Ch. Schwefelschmalz auf den Markt bringen, das für menschliche Nahrung absolut unbrauchbar und schädlich ist. Die Firmen verlaufen unter der Bezeichnung "Garantiert reines holl. Schweineschmalz" ein Produkt, das aus amerikanischem White Grease hergestellt wird. Dieses von der amerikanischen Regierung für menschliche Nahrung und Genußzwecke verbotene Schmalz kommt von freipfrieten und kranken Tieren und darf nur in denaturiertem Zustande von dort exportiert werden. Die genannten Firmen lassen das White Grease ausschöpfen und bringen es als reines holl. Schweineschmalz in den Handel.

○ Revision im Mordprozeß Teplitz. Nach einer Meldung eines Berliner Blattes hat der Staatsanwalt gegen den Freispruch in dem Prozeß gegen den Mörder des früheren türkischen Großwesirs Talaat Pascha Revision eingeleitet. Nach derselben Quelle soll Teplitz als lästiger Ausländer aus Deutschland ausgewiesen werden.

○ Eine Kirche niedergebrannt. In Treis bei Koblenz brach ein Großfeuer aus, dem die Kirche und zwei Wohnhäuser zum Opfer fielen. Die Kirche brannte bis auf die Grundmauern nieder.

○ Das Ende einer Domglocke. Die größte Glocke des Berliner Domes ist gesprungen und zerstört. Ihr letzter Dienst war das Trauergeläut für die fröhliche Kaiserin Auguste Viktoria. Die Glocke war mit einem Gewicht von 2510 Kilogramm und einem Durchmesser von 184,5 Zentimetern eine der größten Glocken Berlins.

○ Ein Wettkampf auf dem Ozean. Eine Wettkampf über den Ozean zwischen den beiden Liner-Dampfern "Aquitania" und "Mauretania" hat mit dem Siege der Olseuerung geendet. Beide Dampfer haben Southampton gleichzeitig verlassen, aber während die "Mauretania" direkt nach New York ging, landete die "Aquitania" erst in Cherbourg, um weitere Passagiere aufzunehmen. Trotzdem kam sie früher in New York an als die "Mauretania". Die "Aquitania" war für Olseuerung umgebaut worden.

○ Strafgesetzbuch für Palästina. Die polnisch-amerikanische Regierung hat ein Komitee eingesetzt, das ein neues Strafgesetzbuch für Palästina ausarbeiten soll. Als Grundlage soll das ägyptische Strafgesetzbuch genommen werden. Nach der Übereilung durch den Oberkommissar soll das neue Strafgesetzbuch in hebräischer, arabischer und englischer Sprache herausgegeben werden.

## Neueste Meldungen.

### Russisch-schweizerischer Handelsvertrag

Reval. Der Schweizerische Bundesrat hat eine Meldung an Russland gegeben, nach der die Schweiz bereit ist, den Entwurf für einen Handelsvertrag mit Russland entgegenzunehmen.

### Russisch-amerikanische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris. Wie "Chicago Tribune" aus Washington erfuhr, hat der Handelsbeauftragte der Russischen Sowjetregierung Russland die Absicht, zu Verhandlungen über einen wirtschaftlichen Vertrag mit den Vereinigten Staaten nach Amerika zu gehen. In Verbindung damit wird Russland auch in Kanada über die Fortsetzung des gegenwärtig bestehenden englisch-russischen Abkommen verhandeln.

### Neue drohende Lohnknotenlinie in England.

London. Neue Lohnfortsetzungen stehen in mehreren englischen Industriezweigen bevor und drohen neue schwere Konflikte hervorzurufen, da die Arbeiter sich den Lohnreduktionen widersetzen werden. Die Londoner Straßenbahnenfahrer, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, wollen die Löhne um 5 Schilling pro Woche erhöhen. Der Lohn der Gasarbeiter soll um 6 Schilling 6 Pence gestrichen werden. Schließlich will der Verband der Großpächter die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter ebenfalls erheblich herabsetzen.

### Zweifel an den oberschlesischen Berichten.

Wroclaw. Der Berliner Berichterstatter des "Maaßbode" meldet seinem Blatte, daß man in bestimmten englischen Kreisen Berlins den letzten oberschlesischen Berichten mit Misstrauen gegenübersteht. Man hält es in diesen Kreisen für ausgeschlossen, daß eine Einstellung der Säuberungskommission wurde oder daß England und Frankreich gar über die Ausstellung Obrichters einsig geworden wären.

### Richterentlassung Semenow.

Reval. Aus Modau wird gemeldet, daß die ausländischen Regierungen die von Semenow gebildete Regierung nicht anerkennen, auch Japan nicht, das Semenow antideutsche Tendenzen vorwirft.

## Letzte Drahtberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

### Schweres Schachtunglück in Zwidau.

Leipzig, 16. Juni. (tu.) Die Leipziger Zeitungen verbreiten nachstehende Meldung aus Zwidau: Auf dem Florentin-Caeßner-Schacht in Neinsdorf bei Zwidau ereignete sich gestern beim Einfahren der Mittagschicht ein schweres Unglück. Auf noch nicht einwandfrei festgestellte Weise versiegte die Förderung und das Gerüst stürzte nebst Seil und Seiltrolle etwa 500 Meter in die Tiefe. Von den 12 Bergleuten, die sich im Förderstuhl befanden, waren 10 sofort tot und 2 schwer verletzt, die aber im Laufe des Nachmittags ihren Verleihungen erlegen sind, so daß sich die Zahl der Toten auf 12 erhöht hat. Die Leichen wurden spät nachmittags geborgen. 10 von den Bergungslüdern sind verheiratet.

### Die Verteilung der deutschen Kabel.

Washington, 16. Juni. (tu.) Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß offizielle Besprechungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und den Botschaftern der Großmächte im Gange sind, um die Frage der Verteilung der früheren deutschen Kabel zu regeln.

### Für das oberschlesische Hilfswerk.

Eijen (Ahr), 16. Juni. (tu.) Für das oberschlesische Hilfswerk hat Herr Krupp von Bohlen und Halbach die Summe von 250 000 M gestiftet. — Die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie des Rheinlandes hat beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, pro Kopf der Belegschaft 5 M für das oberschlesische Hilfswerk zu stiften.

## Aus Stadt und Land.

Meldungen für diese Rundschau mit unserer Redaktion eingehen.

### Wilsdruff, am 16. Juni.

— Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushaltsausschuß beriet über die Not der Kleinrentner. Es wurden zwei Anträge beschlossen. Der erste fordert besondere gesetzliche Bestimmungen, wodurch das Geschäftsgeschehen der Altersrentenbank den Bedürfnissen der Kleinrentner angepaßt wird. Nach dem zweiten Antrag soll die Regierung fünf Millionen Mark bereitstellen zur Unterstützung der Kleinrentner in der Weise, wie sie für die Arbeiterrentner durchgeführt ist. Die auf die Wohnungsnot bezüglichen Eingaben wurden durch die Erklärung der Regierung für erledigt betrachtet. Besondere kommunistische Anträge zu dieser Sache wurden abgelehnt. Gegen die bürgerlichen Stimmen beschloß der Ausschuß, Baugewerkschaften durch Staatszuschüsse zu unterstützen. — Der Rechtsausschuß trat in die Einzelberatung der Grundsteuervorlage ein. Es wurden die ersten drei Paragraphen erledigt, und zwar unter teilweiser Abweichung von der Regierungsvorlage. Auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite wurde gegen die bürgerlichen Stimmen beschlossen, Bauvereinigungen, die nicht auf Gewinn abzielen, nur mit der Hälfte der vorgesehenen Höhe zur Grundsteuer heranzuziehen.

— Die Meißner Kreisstände hielten Mittwochmittag 1. Uhr einen Kreistag ab. Die Kreiskassenrechnung für 1920 wurde richtig geprüft, die bisher gewährten Unterstützungen auch weiterhin bewilligt, zum stellvertretenden Vorsitzenden anstelle des auscheidenden Erzellenz Dr. Nebert, Oeconomus Steiger-Leutewitz gewählt und an dessen Stelle zum Rechnungsprüfer in die Deputation zur Prüfung der Kreissteuerei Herr v. Schönberg aus Bornitz bei Oschatz.

— Beurlaubt. Herr Amtshauptmann Dr. Sievert ist vom 16. Juni bis zum 21. Juli beurlaubt. Mit seiner Vertretung ist Herr Regierungsrat Dr. Haß beauftragt worden.

— Der Pflegeausschuß beim Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Meißen hielt am Montag unter Vorsitz des Amtshauptmanns Dr. Sievert im Beisein des Bezirksarztes Reg.-Med.-Rat Dr. Stohl eine Sitzung ab. Er ergänzte sich durch Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder: Oberarzt Dr. Bed-Rieben, Gewerkschaftsscretär Thieme-Mesital und Frau Minna Thiele-Brodwitz und durch Neuwahl des Leiters Dr. Quellenberg anstelle des verzogenen Oberlehrers Schröder-Zabel. Als Abgeordneter des Pflegeausschusses in den Kreisausschuß für sozialpolitische Volksbeliebung ward der Amtshauptmann gewählt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers ist folgendes zu erwähnen: Im Bezirk arbeiten neben der Bezirkspflegerin 11 staatlich geprüfte Schwestern und 3 Landpflegerinnen. Die Anstellung weiterer Krankenschwestern wird durch einen Beschluß des Gemeindefürsorgeverbandes wesentlich gefördert werden, der für die Wohlfahrtspflege im laufenden Jahre 40 000 M bereitstellt und daraus jedem Krankenpflegeazpte mindestens 1500 M Unterstützung zusichert. Auf Kosten des Wohlfahrtsamtes befinden sich zur Zeit 7 Personen in Lungensieilanstanlagen, 6 werden demnächst Aufnahme finden, 5 Kinder wurden vom 30. April bis 12. Juni in Wien auf Augen untergebracht, 6 reisen am 14. Juni dorthin ab, 7 Mädchen sind am 12. Mai nach Wöllersdorf in Bayern gelandet, 12 Kinder gehen am 14. Juni nach Oehrenfeld-Dörlsdorf im Harz, 63 weitere Kinder sind noch für Erholungsaufenthalt im Gebirge bzw. an der See vorgemerkt. Von Erwachsenen liegen 10 Gedüse um Kreistellen in Bad Elster vor, 4 wurden bisher vom Ministerium genehmigt, 4 abgelehnt. Aus Gaben der Auslandshilfe wurden Flanell für Säuglingswäsche und Spez für Lungentränke durch die Krankenschwestern verteilt, überdies kann in Mesital eine Herzenspeisung für etwa 200 Kinder veranstaltet werden. Sämtliche Schullinder wurden auf Ungeziefer untersucht, dabei wurden vereinigte Fälle von Fleischbeutträgern (Kleiderläusen) gefunden, keinerlei des Fleißjages. Die Durchsicht wird fortgesetzt. Auf die immer wiederkehrende umfangreiche Kleinarbeit des Amtes kann hier nicht eingegangen werden. Erwähnt sei aber noch, daß dank des Beschlusses der Bezirksvertretung den Bezirkswohlfahrtsamt im laufenden Jahre 80 000 M (darunter 50 000 M für Jugendfürsorge, 14 000 M für allgemeine Krankenpflege) und dem Wohlfahrtsamt des Bezirkes Meißen-Land 164 000 M (darunter 50 000 M für Gemeindekrankenpflege, 50 000 M für Tuberkulosefürsorge, 10 000 M für Säuglingspflege, 10 000 M für Kreispeßfürsorge, 10 000 M für Erholungsfürsorge) zur Verfügung stehen. Die Beratung des Pflegeausschusses erstreckte sich noch auf den weiteren Ausbau der Tuberkulosen- und Säuglings- wie auch der Wohlfahrtspflege. Die Vorsitzenden der Gemeindebeschwestern- und Landpflegerinnerverbände sollen nach dem Vorschlag des Amtshauptmanns von Zeit zu Zeit zu einer Beratung mit dem Wohlfahrtsamt zusammenberufen werden, um Erfahrungen aus der Praxis auszutauschen und eine noch engere Führung in allen Fragen der Wohlfahrtspflege herzustellen. Das Vorgehen des Wohlfahrtsamtes in dem Aufbau der ganzen Wohlfahrtspflege soll erneut die Zustimmung aller Mitglieder des Pflegeausschusses.

□ Amtliche Auskunftsstellen für Steuerpflichtige. Auskunftsstellen für die Steuerpflichtigen sind bei den Finanzämtern vorgesehen. Die Stellen sollen Gelegenheit geben, sich in Ausständigkeits- oder sonstigen formellen Fragen, sowie in Zweifelsfragen allgemeiner Art auf dem Gebiete des Steuerrechts Auflösung zu verschaffen. Soweit die örtlichen Verhältnisse es erfordern, soll eine Auskunftsstelle bei jedem Finanzamt errichtet werden. Bestehten sich in einem Orte mehrere Finanzämter, so ist die Auskunftsstelle eines Finanzamtes als Zentralauskunftsstelle einzurichten. Die Auskunftsstelle soll aber der sachlichen Bearbeitung durch den zuständigen Beamten nicht vorgehen. Bei kleineren Ämtern wird die Führung der Auskunftsstelle einem bestimmten Sachbearbeiter mit übertragen. Bei größeren Ämtern kann hierzu ein besonderer Beamter bestellt werden. Rötigenfalls können auch für verschiedene Steuerarten verschiedene Auskunftsstellen errichtet werden.

— Die Abfindung des sächsischen Königshauses. Die vom sächsischen Finanzministerium im Einvernehmen mit der staatlichen Kommission der Regierung vorgelegten Entwürfe über die Auseinanderlegung mit dem sächsischen Königshaus haben mit geringer Abänderung die Zustimmung des Gesamtministeriums gefunden. Der Entwurf wird nunmehr in dieser Fassung der vom König ernannten Kommission als Grundlage für weitere Verhandlungen übermittelt werden. Die fünfgliedrige staatliche Kommission ist durch fünf Abgeordnete erweitert worden.

— Zur Auflösung des Landespreisamtes wird amtlich mitgeteilt: Die Nachrichten über die Auflösung der Übernahmewissküsse unter dem 1. Juli d. J. haben vielfach zu der Auflösung geführt, als steht auch die Auflösung des Landespreisamtes bereits für diesen Termin bevor. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß das Landespreisamt erst am 1. Oktober d. J. seine Tätigkeit einstellt wird, und daß bis dahin die Beauftragten des Landespreisamtes in bisherigem Umfang zur Vornahme von Revisionen und vergleichbarem bereitstehen.

— Der neue Marksturz. Der starke Rückgang der deutschen Mark in Neuport, Zürich und anderen Plätzen muß naturngemäß zu einer weiteren Aufwärtsbewegung der Devisenkurse an den deutschen Börsen führen. Über die Ursachen der neuen Markabschwächung gehen die Ansichten stark auseinander. Selbstverständlich stehen mit dem Rückgang die deutschen Devisenkurse für die Reparationszahlungen in Zusammenhang. Aber auch ein starkes Markangebot ist von London ausgegangen. Der eigentliche Grund für die Devisenkurssteigerung aber ist unbestritten, daß sich unsere Zahlungsbilanz durch die Zahlungen an den Heimkredit weiter ungünstig gestaltet und daß unter diesen Verhältnissen die Mark sich schwerlich bessern kann, um so mehr, als es sich, wie jedermann weiß, um geradezu ungeheure Summen handelt, die wir aufzubringen haben. An den Berliner Börsen stieg der Dollar am Montag auf über 71 M.

— Das 12prozentige Friedensbier langt nicht. Das Bier hat starken Abfall gefunden. So sehr dies die Brauindustrie begrüßt, möchte sie doch darauf aufmerksam machen, daß sie sich bei Lieferung des 12prozentigen Bieres eine gewisse Beschränkung auferlegen muß, da Vollbier mit so hohem Stammwurzgehalt den reichsgerichtlichen Bestimmungen folgt, nur im Rahmen von 25 Prozent des Jahres-Gesamtabsatzes hergestellt werden darf. Es ist daher nicht zu vermeiden, daß die Gaststätten zeitweise nicht in der Lage sind, Vollbier auszuhändigen.

— Die hohen Bierpreise. Auf dem 1. sächsischen Bezirkstag des Verbandes der Gast- und Schankwirte Deutschlands wurde lebhaft darüber gestagt, daß weit mehr als die Steuerschraube die Politik der Großbrauereien schädigend auf das Gastwirtschaftsgewerbe eingewirkt habe, was sich insbesondere in den ins Ungeheuer gewachsenen Bierpreisen zeige. Während 1915 noch ein trinkbares Bier 23 bis 30 M das Hektoliter getostet habe, sei der Preis für Sprozentiges Bier auf 180 M. und für das sogen. Starkbier mit 13 Prozent Gehalt auf 270 M gestiegen. Dabei steht jede einheitliche Preisgestaltung.

— Zur Ehrenrettung Karl Stülpners. Der bekannte Botschafter des Erzgebirges war vom "Leipziger Tageblatt" mit Nikolai verglichen worden, was seine Nachkommen beleidigt hat, denn das "Leipziger Tageblatt" druckt jetzt folgende Richtigstellung ab: Der Enkel des Bildhüters Karl Stülpner-Karl sendet uns eine Berichtigung zu unserem Bericht über die Geschichte des Schlosses Schwanenstein, das fürzlich niedergebrannt ist. Dort war u. a. gesagt worden, daß in dem Ort Schwanenstein neben der Burg die Heimat des vielbejungenen Stülpner-Karl war, der im 18. Jahrhundert sein "Ainalbo-Wesen" im Erzgebirge trieb. Herr Johann Karl Stülpner in Döbeln-Georgenstadt, der einzige noch lebende Enkel Stülpner-Karls, wünscht diese Mitteilung dahin zu berichtigten, daß Stülpner-Karl kein "Ainalbo-Wesen" im Erzgebirgetrieben hat, sondern nur ein Bildhüter war, der seinen Tropfen Menschenblut vergossen und niemand einen Pfennig geraubt und veruntreut hat. — Wohl dem, der Freude an seinen Enkeln erlebt!

— Zittau. Für die Freiheit der Zittauer Bergwälde hat sich das Stadtoberhauptenfollegium in seiner letzten Sitzung einstimmig erklärt und einen Antrag angenommen, den Rat zu ersuchen, die Bestimmungen über Gebührenverbedingung für Bier- und Pilzmarken sofort wieder aufzuheben. Auch sprach man sich gegen die wieder verfügte Sperrung der Wälder zur Nachzeit besonders im Interesse des starken Touristenverkehrs aus. Der Rat hatte, um den Forstbeschädigungen entgegenzutreten, eine Gebühr von 5 bzw. 3 M für einen Erlaubnischein zum Sammeln von Bieren und Pilzen vorgesehen.

— Waldbheim. Der früher hier als Notarregisterator tätig gewesene jetzige Bürgermeister Albrecht Hinke in Waldbheim wurde zum Oberbürgermeister der 25 000 Einwohner zählenden Industriestadt Grünberg in Schlesien gewählt. Seine Wahl ist um so bemerkenswerter, als die Oberbürgermeisterstelle in erster Linie für Juristen ausgeschrieben war, Bürgermeister Hinke aber Praktiker ist. Er ist auch nicht als Parteimann gewählt und erst 33 Jahre alt.

— Freiberg. Allgemeines Aufsehen erregt hier die Einhaben nach dem Pferde- und Großhändler Otto Hauswald, der gleichzeitig Besitzer des Rittergutes Oberbaa ist. Die dem Beschuldigten zur Last gelegten Straftaten sollen in Steuerangelegenheiten und in Schiedsgerichten zu jagen sein.

— Chemnitz. Am 16. Juni liest einer unserer geachteten Mitbürgen, Herr Branddirektor a. D. Volmar Weigand, seinen 80. Geburtstag. Sein Name und seine Persönlichkeit sind aufs engste mit der Entwicklung des Chemnitzer und sächsischen Feuerlöschwesens verknüpft. 36 Jahre stand er an der Spitze der Chemnitzer Feuerwehren und schuf ihre mustergültige Organisation. Über ein Vierteljahrhundert leitete er als erster Vorsitzender die Geschicke des Landesverbandes sächsischer Feuerwehren ebenso energisch, wie weitschauend, zielbewußt und sachkundig. 13 Jahre führte er den zweiten Vorsitz im Deutschen Feuerwehrverband und damit zugleich den Vorsitz in seiner wichtigsten Kommission, der technischen, in welcher Eigenschaft er auch die deutschen Feuerwehrtagungen zu München, Charlottenburg und Mainz vorbereitete. Ein halbes Jahrhundert war er Vorsitzender des Chemnitzer Kreisverbands. Als Mitbegründer des sächsischen und deutschen Samariterbundes war er ein eifriger Förderer seiner Bestrebungen.

